

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3,10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis 0,15 DM
Anm. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengesuche 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 175

Halver, Donnerstag, den 26. Juli

1951

Für den Herbst angekündigt:

Staatsvertrag mit den Westmächten

Abschaffung des Besatzungsstatuts — Volle Souveränität und Aufnahme in die UNO

Wl. Bonn, 25. Juli

Die Verhandlungen über die Abschaffung des Besatzungsstatuts und seine Ersetzung durch einen umfassenden Staatsvertrag sind nach unseren Informationen viel weiter gediehen, als allgemein angenommen wird. Wir erfahren, daß die amerikanische Regierung sich darauf vorbereitet, unmittelbar nach der Londoner Atlantikpakt-Konferenz im September mit der Deutschen Bundesrepublik einen „vielseitigen Staatsvertrag“ abzuschließen. Der Bericht der technischen Petersberg-Kommission, die seit etwa zwei Monaten unter Beteiligung namhafter alliierter und deutscher Verfassungsrechtler tagt, ist im wesentlichen fertiggestellt und in seinen Grundzügen bereits Gegenstand von Verhandlungen der drei Oberkommissare gewesen.

Der „vielseitige Staatsvertrag“ zwischen den drei Westmächten und der Bundesrepublik sieht wie wir erfahren, die vollständige Rückgabe der Souveränitätsrechte an die Bundesregierung ausdrücklich vor. Eine erste Folge dürfte sein, daß die Bundesrepublik die Vereinten Nationen um Aufnahme in diese Gemeinschaft der freien Völker ersucht, und zwar zunächst als Mitglied der Allgemeinen Versammlung. Erst nach völliger Aufnahme übernimmt die Bundesrepublik die gleichen politischen Rechte und Pflichten wie die übrigen Nationen.

Eine weitere Folge wird sein, daß die Bundesregierung den Regierungen der ehemals gegen Deutschland kriegführenden Länder vorschlagen wird, durch einen „provisorischen Friedensvertrag“ diejenigen Fragen zu klären, an denen die Sowjetunion nicht unmittelbar interessiert ist (Saargebiet, deutsches Vermögen im Ausland, deutsches Niederlassungsrecht usw.). Hierdurch soll versucht werden, staatsrechtliche Verhältnisse zwischen Westdeutschland und den westlichen Ländern soweit zu normalisieren, als dies ohne den Abschluß eines „allgemeinen Friedensvertrages“, an dem die Sowjetunion mitwirken müßte, möglich ist.

Man rechnet ferner allgemein damit, daß die Aufnahme Deutschlands in den Atlantikpakt, die zurzeit noch umstritten ist, sozusagen als „Begleitumstand“ der Aufnahme in die Vereinten Nationen folgt, sobald die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages geklärt ist. Der entscheidende Monat sowohl für den deutschen Verteidigungsbeitrag als auch für die Beendigung des Besatzungsstatuts wird der September sein. Bis dahin, so glaubt man in alliierten Kreisen, sind die technischen und juristischen Voraussetzungen für eine umfassende Regelung geschaffen.

Berufsverbot für Steuerflüchter?

dpa. Bonn, 25. Juli

Im Bundesfinanzministerium wird zurzeit ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der es der Finanzverwaltung erleichtern soll, Berufsverbote auszusprechen. Das Bundeskabinett wird sich in Kürze mit diesem Plan befassen.

Nach der Absicht des Bundesfinanzministeriums sollen die Oberfinanzdirektionen in Zukunft in der Lage sein, Berufsverbote zu verhängen, wenn gerichtlich festgestellt worden ist, daß Steuern hinterzogen oder Geschäftsunterlagen bewußt mit dem Ziel gefälscht wurden, Steuern

zu hinterziehen. Das Berufsverbot soll nicht nur gegen selbständige Gewerbetreibende, sondern auch gegen deren Angestellte ausgesprochen werden können.

Interzonenhandel entspannt

gk. Berlin, 26. Juli

Die Zahl der dem Berliner Senat von den Sowjets abgestempelten zurückgereichten Warenbegleitscheine ist am Mittwoch sprunghaft auf rund 1100 angestiegen. Sie hat sich damit

gegenüber den beiden Vortagen um je 75 Prozent erhöht. Zwar wird von sämtlichen beteiligten amtlichen Stellen nach wie vor strengstes Stillschweigen über die Besprechungen zwischen den Verhandlungspartnern gewahrt, aber unterrichtete Kreise rechnen mit einer Entspannung im Streit um die Ratifizierung des Interzonenhandelsabkommens und die Westberliner Warenbegleitscheine.

Noch keine Einigung

Schwierige Verhandlungen über Exportquote
dpa. Düsseldorf, 25. Juli

Der Rat der Internationalen Ruhrbehörde konnte am Mittwoch in Düsseldorf noch keine Einigung über den deutschen Antrag auf Herabsetzung der Kohlenexportquote um eine Million Tonnen im Vierteljahr erzielen. Die Verhandlungen wurden auf Donnerstag vertagt.

Morrison für deutschen Verteidigungsbeitrag

Aber gegen eine Einbeziehung Spaniens — Wachsamkeit gegen Ostblock

dmt. London, 25. Juli

In seiner ersten großen außenpolitischen Unterhausrede erklärte der britische Außenminister Morrison, daß Großbritannien die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages akzeptiert habe. Deutschland müsse seinen Platz als volles Mitglied in der europäischen Völkerfamilie einnehmen und auch die Mittel haben, sich selbst zu verteidigen.

So sehr der britische Außenminister dabei den deutschen Verteidigungsbeitrag als notwendig herausstellte, so entschieden wandte er sich gegen die Einbeziehung Spaniens in das westliche Verteidigungssystem. Die Regierung habe dies den Amerikanern in aller Offenheit gesagt und wisse, daß Amerika auch nicht die Aufnahme Spaniens in den Atlantikpakt ins Auge fasse.

Morrison, der feststellte, daß Großbritannien nach wie vor das Pekingregime als die wirkliche Regierung Chinas ansehe, wandte sich gegen die Auffassung, daß der japanische Friedensvertrag zu milde sei. Die Vorwürfe, Japan könne wieder zu einer Aggression werden, entkräftete er mit dem Hinweis, daß das Land, wenn man es völlig schutzlos lasse, leicht ein Opfer irgendeiner Aggression werden könne. In seinen Erklärungen zum britisch-sowjetischen Verhältnis betonte Morrison, daß Großbritannien sich nicht durch Drohungen beeindrucken und schrecken lasse. Er warnte vor einem leichtgläubigen Eingehen auf die östlichen Friedensangebote und forderte, daß Großbritannien in seiner Wachsamkeit nicht nachlasse, bis der Beweis aufrichtigen Friedenswillens vom Ostblock erbracht worden sei. Wenn das der Fall sei, werde Großbritannien die Gelegenheit für einen neuen welt-

umfassenden Fortschritt mit beiden Händen ergreifen.

Ueber die Frage der Einbeziehung Spaniens in das westliche Verteidigungssystem kam es zu einer lebhaften Debatte, in der die Konservativen die Versuche der Regierung, die Spanienpolitik auf ideologische Grundlagen zu stellen, mit aller Schärfe kritisierten.

Thronfolger Emir Talal vermisst

Auf dem Wege nach Transjordanien?

dpa. Damaskus, 25. Juli

Nach letzten Informationen soll es dem rechtmäßigen jordanischen Thronfolger Emir Talal gelungen sein, aus dem Schweizer Sanatorium zu entkommen, wo er zuletzt zur Ausheilung eines angeblichen Nervenzusammenbruchs unter ärztlicher Aufsicht stand. Sein gegenwärtiger Aufenthaltsort ist unbekannt.

Der neue DGB-Vorsitzende Christian Feite wird am 7. September zum ersten Mal nach seiner Wahl Berlin besuchen und auf einer Berliner Gewerkschaftskundgebung in der „Waldbühne“ sprechen.

Starke Hoffnungen auf Einigung

Kommunisten unterbreiteten Kompromißvorschlag — Geringe amerikanische Vorbehalte

dmt. Tokio, 26. Juli

Die UNO-Hauptdelegierten flogen am Donnerstag in vier Hubschraubern nach Kaesong, wo sie um 6 Uhr deutscher Zeit eintrafen. Ihre Begleitung war mit Jeeps vorausgefahren. Die Delegation hat starke Hoffnungen auf eine Einigung über die Tagesordnung und glaubt, daß der am Mittwoch von den Kommunisten vorgelegte neue Vorschlag zur Frage des Abzugs der ausländischen Truppen mit „ganz kleinen Vorbehalten“ annehmbar ist.

Die amerikanische Regierung hat an den UNO-Oberbefehlshaber, General Ridgway, eine entsprechende Anweisung gegeben. Es wird angenommen, daß die Kommunisten diesen Vorbehalten Rechnung tragen werden und daß somit der Weg zu den eigentlichen Waffenstillstandsverhandlungen frei wird.

„Wie bei alten Freunden“

In einer Schilderung des Reuter-Korrespondenten Roßmark über die Begegnung der Waffenstillstandskommissionen in Kaesong, heißt es

Hände weg!

Dies dürfte bald das neueste Schlagwort im kommunistischen Paradies werden. Da hat doch unlängst in der Berliner kommunistischen Wochenschrift „Weltbühne“ ein Beamter des sowjetischen Informationsministeriums herausgefunden, daß das Händeschütteln die Friedensproduktion (eine andere gibt es drüben natürlich nicht) empfindlich hemme, und daß es deshalb schleunigst verboten werden müsse.

Der tüchtige Beamte, der offenbar über viel Zeit verfügt, hat genau ausgerechnet, daß die Deutschen in der Sowjetzone täglich etwa 3,2 Milliarden Sekunden für Händeschütteln aufwenden. Es ergebe sich daraus ein enormer Zeiteffekt, den der Hennecke mit dem Rechenstift mit rund 37 000 verlorene Arbeitsstunden errechnet.

Also, Hände weg! Ein Nicken mit dem Kopf genügt auch zur Begrüßung, und dabei braucht man seine Arbeit nicht unterbrechen. Wir empfehlen den Volksgenossen, solche Berechnungen auch auf andere, natürlich völlig überflüssige Tätigkeiten auszudehnen, wie auf das Hutabnehmen (wozu überhaupt noch reaktionär-bourgeoise Hüte?), das Krawattenbinden, das Rasieren oder das Zähneputzen. Weg damit! Das ist alles produktionshemmender Firlefanz. Man kann auch mit einem Vollbart am Schraubstock stehen und braucht zur Grubenarbeit keine geputzten Zähne. Tempo, Tempol! Arbeiten, arbeiten! Für die Friedensproduktion! Doch wohl mehr zum höheren Ruhme Väterchens Stalin, der so gern das rote Paradies noch selber erleben möchte. (PoB)

Der Eiertanz um Franco

Wieder einmal offenbart sich eine seltsame Kluft im politischen Denken der Europäer, indem sie das Schachspiel der Außenpolitik mit ihrer innenpolitischen, ideologischen Schwärmerie verwechseln. Da haben nun jahrelang dieselben Mächte, die nicht nur ihre Vertreter beim Kreml akkreditieren ließen, sondern mit ihm auch noch Freundschaftsverträge schlossen, Spanien diplomatisch boykottiert. Und sie bemerkten noch nicht einmal denselben Widerspruch, wenn sie mit Tito, einem unbestrittenen Kommunisten und Diktator, der Tausende von Menschen wider alles Recht hinter Gittern hält, freundschaftlich verkehren, ihn finanziell und sogar militärisch unterstützen, und gleichzeitig Franco, weil er Diktator sei, allerdings kein roter, die kalte Schulter zeigen.

Erst malen sie uns die Gefahr aus dem Osten in den krassensten Farben und wenn sich dann ein Nicht-Demokrat aus eigenstaatlichen Interessen anbietet, bei der Abwehr dieser Gefahr behilflich zu sein, dann wollen sie diese plötzlich nicht mehr wahr haben. Die deutsche Sozialdemokratie geht sogar heute noch so weit, nachdem die anderen wenigstens in diesem Punkte unter dem Zwang der Verhältnisse gelernt haben, die Nicht-Entsendung eines deutschen Vertreters nach Madrid zu fordern. Und die CDU versieht ihre abweichende Meinung mit der ebenso tröstlichen wie spaßigen Versicherung, die Spanier seien drauf und dran, ihrer Diktatur „einige demokratische Akzente aufzusetzen“.

Dieser ganze Eiertanz könnte zum Lachen reizen, wenn er nicht so gefährlich wäre, weil er einen Einblick in das Stümperhafte so mancher „Außenpolitiker“ bietet. Allerdings, wer während des Krieges im englischen Rundfunk oder bei ähnlichen Agenturen tätig war, der kann sich heute nur schwer auf deutsche Außenpolitik umstellen. Dem mag etwas gruselig dabei werden, wenn die Amerikaner Spaniens neuen Armeeminister, den General Muñoz Grande, mit dem deutschen Ritterkreuz am Kragen in die atlantische Arena hineinführen wollen. Denn für die „rote Kapelle“ ist die „Blaue Division“ das rote Tuch!

Indes wollen wir Deutsche uns hüten, Außenpolitik mit Interventionismus zu verwechseln. Ob Franco nun den Thronanwärter Don Juan oder dessen 12jährigen Sohn Don Carlos zum Monarchen zu erheben gedenkt, soll uns gleichgültig sein. Ja, wenn nomina omnia wären, dann wäre uns lieber als der Verführer sein Sohn, von dem vielleicht zu hoffen wäre, er werde einst vor seinen Herrn und Meister treten und in Erinnerung an den Marquis Posa mit Schiller sagen: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ Und das ist ja wohl die Demokratie, die wir meinen.

5000 geleiteten den toten Marshall

Pétain auf der Insel Yeu beigesetzt — Auch General Weygand nahm teil

dpa. Port Joinville, 25. Juli

Philippe Pétain, Frankreichs letzter Marschall, wurde am Mittwoch auf der Insel Yeu im Atlantik beigesetzt, auf der er die letzten Jahre seines Lebens in Festungshaft verbracht hatte.

Zu der 2000köpfigen Fischerbevölkerung der Insel waren etwa 3000 Trauergäste vom Festland nach Joinville gekommen. Darunter sah man ehemalige Minister und Beamte der Vichy-Regierung, Generale — unter ihnen den 84jährigen General Weygand — sowie Bischöfe und zahlreiche Freunde Pétains. Die kleine Kirche von Port Joinville war mit Trikoloren und Trauerfloren drapiert. Auf dem Katafalk lagen auf einem Kissen das Käppi und die „Medaille Militaire“ — die höchste militärische Auszeichnung Frankreichs. Die 74jährige Witwe erschien auf einem Stock gestützt in einem langen Trauerschleier.

Der Weg von der Kirche zum Gemeindefriedhof, auf dem Pétain beerdigt wurde, war von Soldaten der republikanischen Garde eingesäumt. An den Ecken seines Grabes standen vier Zypressen. Der Grabstein trägt Pétains Namen und die Inschrift „Marschall von Frankreich“.

Bidault lehnte ab

dmt. Paris, 25. Juli

Die französische Regierungskrise dauert immer noch an. Nachdem der mit der Regierungsbil-

dung beauftragte Radikalsozialist René Mayer gescheitert ist, hat auch der am Mittwochvormittag beauftragte frühere Ministerpräsident Bidault nach vergeblichen Versuchen den Auftrag abgelehnt. Am Nachmittag bestätigte es sich, daß der französische Staatspräsident den früheren Ministerpräsidenten Reynaud mit der Regierungsbildung beauftragt hat. Reynaud hat sich jedoch bis Donnerstagnachmittag Bedenkzeit erbeten.

Kriegsgefangene aus Rumänien

hu. Göttingen, 26. Juli

Im Lager Friedland trafen am Mittwoch 97 Deutsche aus Rumänien ein. Es ist damit zu rechnen, daß im August weitere Transporte kommen werden. Einige Frauen berichteten übereinstimmend, daß in der Gegend von Bukarest noch zahlreiche deutsche Kriegsgefangene untergebracht seien, die aus der Sowjetzone dorthin transportiert wurden. Diese Kriegsgefangenen hätten bisher noch nicht an ihre Angehörigen schreiben dürfen.

Die Seite der Heimat

Halver, den 26. Juli 1951

Deutsch für Fortgeschrittene XVIII

Noch einmal: Altenaer Straße

In Nummer sieben (VII, Donnerstag, 5. April) war einmal die Rede von der Altenaer Straße. Ich glaube, daß wir ein bißchen „wiederkäuen“ müssen; denn seitdem ist schon eine lange Zeit vergangen, und man sieht die Straßennamen immer wieder falsch geschrieben.

Durch die Endung „-er“ wird aus dem Hauptwort Altena ein Eigenschaftswort: Altenaer. Die mit einem solchen Eigenschaftswort gebildeten Straßennamen müssen auseinander geschrieben werden: Werdöhler Straße, Kölner Straße, Knapper Straße, Lohrer Straße, Sauerfelder Straße, Lösenbacher Straße, Wefelsholzer Straße, Winkhauser Straße, Heedfelder Straße, Herscheider Landstraße, Wermecker Weg. Dasselbe gilt für die Hohe Straße, Breite Straße; denn diese Bezeichnungen sind (ebenfalls) aus Eigenschaftswörtern gebildet, die eine Endung haben. Dagegen schreibt man Hochstraße: hier hat das Eigenschaftswort „hoch“ keine Endung, steht also als unbeugsamer Begriff wie Schillerstraße, Hohfuhrstraße, Südstraße, Humboldtstraße.

Ein aus dem Rahmen fallendes Bild gibt die Verbindung von mehr als zwei Teilen durch Bindestriche: Elsa-Brandström-Straße, Freiherr-vom-Stein-Straße, Karl-Marx-Platz, Martin-Niemöller-Straße. Wären die Vornamen und Titel weggefallen (wie man es gelegentlich andersorts findet), so müßte es heißen: Niemöllerstraße, Marxplatz, Brandströmstraße, Steinstraße. Ein gutes Beispiel haben wir in Lüdenscheid mit der Wilhelmstraße und der Friedrich-Wilhelm-Straße.

Das Bedeutsame an diesen Regeln ist, daß man sich, soweit sie die Schreibung der Straßen- und Platznamen betreffen, nach ihnen richten kann. Und das ist doch bei grammatischen Regeln recht selten...

Henricus.

Halver

Auf Sonderheim gibt's Nachzahlung

Wie wir vom Postamt Halver erfahren, erhalten die Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung bei der diesmaligen Zahlung eine Nachzahlung für die Monate Juli und August, die auf besondere, vom Postamt vorbereitete Rentenempfangsscheine gezahlt wird. Die Erhöhung der Renten beträgt durchschnittlich 20 Prozent. Die Nachzahlung für Juni erfolgt später auf besondere Anordnung. Das Postamt Halver bittet die Rentenempfänger im Hinblick auf die vermehrten Buchungsvorgänge am Zahltag um Verständnis.

Berhängnisvoller Sturz

Gestern mittag glitt eine zwölfjährige Schülerin der Mittelschule nach dem Herausreten aus dem Gebäude aus und stürzte die Außentreppe hinunter. Durch den Sturz zog sie sich eine klaffende Wunde am Hinterkopf zu, die ärztliche Behandlung erforderlich machte.

Ehre dem Alter

In die Reihe der Achtzigjährigen tritt am morgigen Freitag, dem 27. Juli, Ernst Pühler, Halver. Seines Zeichens Mühlen- und Treppenhauer, ist er weit über die Grenzen der Heimatgemeinde bekannt. Die Heimatzeitung entbietet dem Altersjubilär die herzlichsten Glückwünsche!

Rönsahl

Der Männergesangsverein Rönsahl

soll gegründet werden. Mit Beteiligung einiger eingeladenen Sänger aus unserer Nachbargemeinde kommen die Gründer am Freitag im Lokale Vornann zusammen, um den Vorstand und die Satzungen zusammen zu stellen. Die Schwierigkeiten, in unserer ländlichen Gegend einen solchen Verein zu gründen, sind nicht gering. Umso schöner ist es, daß sich schon jetzt einige Förderer gefunden haben, die dem neuen Verein das Lied „Heimat“ von Hansen, gestiftet haben. Und so wünschen wir mit den Gründern, daß der Männergesangsverein Rönsahl so heranwächst, daß er nicht mehr aus dem Leben der engeren Heimat fortzudenken ist.

Mit dem Schulneubau wird es jetzt ernst!

Vor einigen Tagen hat die Gemeinde Rönsahl ein 6000 qm großes Baugebiet gekauft, um auf diesem Grundstück eine neue Schule zu errichten. Das Gelände liegt an der Kreisstraße Rönsahl — Kierspe, zwischen dem Anwesen Schütz und dem Höher Garten.

Et gait rund in Schalksmühle!

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus — Kirmestrubel vom 4. bis 6. August

Die Schalksmühler Kirmes rückt nun allgemach heran. Sie findet vom Sonnabend, dem 4. August, bis Montag, dem 6. August, statt und wird sich wieder durch das ganze untere Dorf ziehen. Vom Bauplatz der Baufirma W. Loewen, wo einige ganz große Unternehmen untergebracht werden, über die ganze Halverstraße über den August-Bebel-Platz und über die Bahnhofstraße bis zum Bundesbahnhof wird sie sich erstrecken. Es wird auch diesmal wieder an nichts fehlen, sogar gutes Wetter steht in sicherer Aussicht, denn die Beziehungen zu Petrus sind in Schalksmühle nie schlecht gewesen und werden in diesem Jahre bestimmt „süffiges“ Wetter präsentieren. Daneben werden die Lokale noch mehr als bisher sich in empfehlende Erinnerung bringen, indem sie alles in den bisherigen Jahren Gebotene in den Schatten stellen werden. Et gait rund! Das ist die diesjährige Kirmes-Lösung!

Sänger fahren zum Deutschen Sängerbundesfest
Auch von unserem Männergesangsverein Schalksmühle fährt eine Abordnung zum Deut-

Wichtig für alle selbständigen Gewerbetreibenden

Sinn und Bedeutung der Investitionshilfe

Die Produktionsengpässe bei Kohle, Eisen und Energiewirtschaft müssen durch Selbsthilfe der Unternehmer beseitigt werden

II.

In dieser dringend nach einer Entscheidung rufenden Stunde erkannten die Organisationen des Unternehmertums, daß die nun zu ergreifenden Maßnahmen für die weitere Zukunft des Unternehmers im Staats- und Gesellschaftsgefüge des Deutschen Bundes ausschlaggebend sein würden. Als der Bundeskanzler sich bemühte, eine Verständigung der Sozialpartner herbeizuführen, hat sich das Unternehmertum diesem Ruf nicht verschlossen. Der Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Wirtschaft, dem angehören

- a) Bundesverband der Industrie
- b) Deutscher Industrie- und Handelstag (Spitzenorganisation der Handelskammern)
- c) Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- d) Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels
- e) Zentralverband des Deutschen Handwerks,

erkannte die Aufgabe, aber auch die Möglichkeit, in dieser gefährvollen Situation Entscheidendes zu tun. Dabei konnte kein Zweifel darüber aufkommen, daß, bei Unterordnung aller Einzelwünsche und Sonderinteressen, ein konkreter Beweis dafür gegeben werden mußte, daß das Unternehmertum gewillt ist, für den Aufbau und die Festigung der Wirtschaft der Bundesrepublik einen bedeutenden Beitrag zu leisten. Die Situation erheischte sofortiges Handeln verantwortungsbewußter Männer, ohne daß es möglich gewesen wäre, jeden einzelnen Unternehmer über seine Wirtschaftsorganisation aufzurufen und anzusprechen, weil auf diese Weise

keine rasche Willensbildung hätte erfolgen können.

Der Gemeinschaftsausschuß, d. h. die Vorsitzenden der Spitzenverbände der deutschen Unternehmer unterbreiteten deshalb der Bundesregierung ein „Sieben-Punkte-Programm“, dessen Inhalt im wesentlichen besagt, daß die übrige Wirtschaft zu Gunsten der Grundstoffindustrie darin einwilligt, den Grundstoff-Investitionen den Vorrang einzuräumen und insoweit den eigenen Anschaffungsbedarf zurückzustellen; des weiteren solle der Regierung ein Vorschlag als Grundlage für eine gesetzliche Regelung unterbreitet werden.

Die Wirkung dieses Schrittes trat unmittelbar ein. Unter dem starken Eindruck dieser Erklärung riefen die Gewerkschaften nicht zur Gegnerschaft gegen dieses Programm auf, sondern erklärten sich zur Bildung von paritätischen Ausschüssen bereit. Von verschwindend geringen Ausnahmen abgesehen, hat die Unternehmerschaft den eingeschlagenen Weg der Selbsthilfe gutgeheißen, was auch von der deutschen Öffentlichkeit allgemein zu sagen ist.

1 Milliarde muß aufgebracht werden

Bei der näheren Ausarbeitung des „Sieben-Punkte-Programms“ wurde das Ziel aufgestellt, zur Deckung des vordringlichen Anschaffungsbedarfes des Kohle-Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft eine Milliarde DM im Jahre 1951/52 durch eine Umlage bei der gesamten gewerblichen Wirtschaft aufzubringen. Der Gedanke des Planes ist die Streckung der Inve-

stationen der sonstigen gewerblichen Wirtschaft zum Vorteil der drei genannten Industriegruppen. Deshalb sollen die aufbringungspflichtigen Unternehmen die auf sie entfallenden Beträge denjenigen Mitteln entnehmen, die sie sonst für eigene Anschaffungen und Erneuerungen verwenden hätten. Es handelt sich somit nicht um eine kreditwirtschaftliche, sondern um eine kapitalmarktpolitische Maßnahme, die letzten Endes nicht darauf hinausläuft, die Investitionssumme zu erhöhen; vielmehr geht es um eine Umlenkung der Investitionsmittel. Ueber den Umfang dieser Aktion gewinnt man am ehesten ein Bild, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Jahre 1950 rund 22 Milliarden DM brutto investiert worden sind; hiervon 1 Milliarde, also nicht einmal 5 Prozent der Gesamtsumme, oder 8 Prozent der bisher durch Eigenfinanzierung verwirklichten Investitionen sollen demnach umgelenkt werden.

Wertpapiere als Gegenwert

Ueber die Bemessungsgrundlage für die Aufschlüsselung der aufzubringenden Mittel wird demnächst der Bundestag endgültig zu befinden haben, nachdem der Bundesrat die Vorschläge des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Wirtschaft in diesem Punkt modifiziert hat (8 Prozent vom Gewinn nach den Vorschriften des Einkommen- bzw. Körperschaftsteuergesetzes zuzüglich der nach §§ 7—7e E.St.Ges. abgesetzten Beträge). Die aufzubringenden Mittel, die ein Sondervermögen bei der Industriekreditbank bilden, werden in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung von einem Kuratorium im einzelnen vergeben. Die begünstigten Grundstoffindustrien werden Wertpapiere herausgeben, die den aufbringungspflichtigen Unternehmen als Gegenwert für ihre Geldhergabe dienen. Es handelt sich also um eine Vermögensumschichtung, nicht aber um eine entschädigungslose, einseitig belastende Vermögensminderung.

Die Bedeutung des Vorschlages liegt darin, daß er sich durchaus in marktwirtschaftlichem Rahmen hält, ohne daß der Staat etwa gesteigerten Einfluß auf die Grundindustrie erhielt. Das politische Gewicht des Planes wird durch die freiwillige Erklärung der Unternehmerorganisationen unterstrichen, wobei die Verwirklichung des Planes durch ein Gesetz keinen inneren Widerspruch bildet. Denn es dürfte ohne weiteres einleuchten, daß es eine Notwendigkeit ist, die Bemessungs-, Aufbringungs- und Verteilungsgrundsätze durch ein Bundesgesetz festzulegen, um das Aufkommen der Mittel zu sichern und eine feste Gewähr dafür zu schaffen, daß die beteiligten Unternehmer einheitlich und gleichmäßig behandelt werden. Die Angelegenheit ist viel zu ernst und dringend, um durch Aufrufe oder Rundschreiben erledigt werden zu können!

Die künftige Gestaltung und Entwicklung unserer gesamten gewerblichen Wirtschaft steht auf dem Spiel! Die deutsche Unternehmerschaft hat sich durch ihren großherzigen Entschluß der Stunde gewachsen gezeigt.

Spectator

Rönsahls Wasserversorgung gesichert

Neuer Hochbehälter in Betrieb genommen — Zwei Wasser-Kammern mit je 60 cbm Fassungsvermögen

Die Wasserversorgung des Dorfes Rönsahl ist nun endlich gesichert und mit der Inbetriebnahme des neuen Hochbehälters „auf der Höh“ zu einem gewissen Abschluß gekommen. Mit 6,5 Atü wird jetzt das Wasser dem Versorgungsnetz zugeführt. Es mögen nun hier einige Angaben über die Pumpstation und den Hochbehälter folgen.

Etwa 300 m von Rönsahl entfernt, schon auf Rheinischem Boden, liegt das kleine Gehöft Meienborn. Hier floß aus einer Quelle Jahrhunderte hindurch etwa 500-600 cbm Wasser in die Rönsahl. Diese Quelle machte sich die Gemeinde Rönsahl nutzbar und errichtete hier vor 2 Jahren eine Pumpstation, um das Wasser direkt in das Versorgungsnetz zu drücken, bzw. dem alten Hochbehälter im Wernscheid zuzuführen.

Im Laufe des letzten Jahres zeigte es sich aber immer mehr, daß ein eigener Hochbehälter für diese Quelle notwendig sei. Und so entschloß sich die Gemeinde, auf der Höh, also nördlich des Dorfes Rönsahl, diesen Hochbehälter bauen zu lassen. Die Förderhöhe beträgt 68 m. Die Pumpe in Meienborn wird von einem 10-PS-Motor betrieben, 20 cbm Wasser können damit stündlich in den Hochbehälter gedrückt werden. Von der Pumpstation bis zum Hochbehälter wurde

eine Druckleitung und eine Entnahmeleitung verlegt. Eine Anzahl Schieber, an der Provinzialstraße eingebaut, regeln den Wasser-Zu- und Abfluß. So kann z. B., falls die Druckleistung zum Hochbehälter durch einen Defekt ausfällt, das Wasser durch Umstellen eines Schiebers auch durch die Entnahmeleitung in den Hochbehälter gedrückt werden. In diesem Falle muß bei der Wasserentnahme nur die Pumpe abgestellt werden, da diese Rohrleitung dann als Druck- und

Starke Abordnung zum Sängerbundesfest

350 Sänger aus dem Kreisgebiet geben in Mainz ein Platzkonzert

Bald ist die Stunde gekommen, in der der Präsident des DSB das 13. Deutsche Sängerbundesfest eröffnen wird. Die Vorbereitungen hierzu sind derart gefördert worden, daß nunmehr der Ablauf des Festes sichergestellt ist. Dieses Chorfest mit seinen rund 65 Konzerten, über 20 Platzkonzerten und sonstigen Veranstaltungen öffentlicher Art, das erste der Nachkriegszeit, weist damit eine Fülle von Veranstaltungen auf wie sie bei früheren Bundesfesten nicht zu finden war. Dabei ist der DSB, ganz bewußt von einer volkstümlichen Grundhaltung kaum abgewichen, denn dieses Fest soll das lebendige Bewußtsein der Sangesfreude im deutschen Menschen nachwecken.

Tausende und aber Tausende von Sängerinnen und Sängern — es liegen weit über 30 000 verbindliche Anmeldungen vor — werden an den Rhein in das goldene Mainz fahren, um hier ihr Bekenntnis zu Lied und Gesang abzulegen. Man wird dort Spitzenleistungen von höchster Vollendung erleben, man wird aber auch das Gemeinsame im Liede betonen und das einfache Volkslied singen, wie es immer die besondere Aufgabe unserer Chöre gewesen ist. Die Gemeinsamkeit soll in der großen Kundgebung im Stadion ihren überwältigenden Ausdruck finden.

Die Erwartungen, die wir an das 13. DSB-Fest knüpfen, sind mannigfacher Art. Neben dem machtvollen Bekenntnis der chorbeegeisterten Laien soll vor allen Dingen die Öffentlichkeit

aufgerüttelt werden. An der Spitze der Gäste wird der Bundespräsident Prof. Dr. Heuß erscheinen.

Allen Teilnehmern, die als Idealisten unter großen persönlichen Opfern an Zeit und Geld das 13. DSB-Fest mitmachen, sei schon jetzt Dank und Anerkennung ausgesprochen. Was unser Vorväter säten, hat tausendfach Frucht getragen. Aus dem losen Zusammenschluß von Gleichgesinnten ist eine feste Organisation mit kulturellen Zielen und Aufgaben hervorgegangen. Mainz soll hierfür einen neuen Beweis erbringen.

Der Sängerkreis Altena-Lüdenscheid nimmt mit ca. 350 Teilnehmern am DSB-Fest teil. Unter Leitung von Kreischormeister Walter Lange veranstalten unsere heimischen Sänger am Sonnabend in Mainz ein Platzkonzert. Es werden alte Volkslieder gesungen und damit dieses Singen ein richtiges Volks-singen wird, klingt das Platzkonzert mit einem Gemeinschaftslied aus, das von den Zuhörern mitgesungen werden soll. []

Brederfeld

Kostenlose Beratungsstunde

Der Chefarzt der Volmarsteiner Anstalten, Dr. Bone, hält am 27. Juli für Kinder und Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren kostenlose Beratungsstunden ab, und zwar in Brederfeld um 14.30 Uhr in der Apotheke und in Priorei um 16.30 Uhr in der Schule.

Beröhnliche Haltung als Voraussetzung

Lebhafter Telegrammwechsel zwischen London und Teheran

dmt. London, 25. Juli

Wenn sich auch in der Erdölkrise eine Wende anzubahnen scheint, so hat London doch verschiedene Rückfragen nach Teheran gehalten. Die persischen Vorschläge sind sehr allgemein gehalten und das Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen wird von der Auslegung dieser Vorschläge durch die Perser abhängen. Eine Regierungsdelegation der Briten ist noch nicht nach Teheran entsandt.

Zwischen London und Teheran besteht im Augenblick ein reger Telegrammwechsel, in dem versucht wird, Näheres zu den allgemein gehaltenen Vorschlägen Teherans zu erfahren. In politischen Kreisen Londons wird darauf hingewiesen, daß der Sonderberater Trumans, Harriman, bei der Abfassung dieser Vorschläge mitgewirkt habe und daß er daher auch wahrscheinlich bei der Auslegung seinen Einfluß geltend machen werde. Die Regierung will jedoch ihre Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen davon abhängig machen, daß Teheran in den Erdölgebieten, wo die britischen Angestellten noch immer allen möglichen Schikanen ausgesetzt sind, eine versöhnliche Haltung zeigt. In London rechnet man auf jeden Fall mit der Entsendung einer Regierungsdelegation.

Hohe Trauergäste in Hechingen

600 Beileidstelegramme eingegangen

dmt. Hechingen, 25. Juli

An der Beisetzung des ehemaligen Kronprinzen Wilhelm von Preußen werden zahlreiche hohe Trauergäste aus dem In- und Ausland teilnehmen. Neben sämtlichen Angehörigen der Familie des ehemaligen deutschen Kaisers sind zahlreiche europäische Fürstenhäuser vertreten. Bundesminister Wildermuth vertritt die Bundesregierung.

Über 600 Beileidstelegramme sind aus dem In- und Ausland in Hechingen eingetroffen. Die regierenden Königshäuser von Dänemark, Norwegen, Schweden, den Niederlanden und Griechenland haben ihre Anteilnahme ausgedrückt. Der verstorbene Kronprinz wird am Donnerstag um 11.30 Uhr zusammen mit der Urne seines in Afrika verstorbenen Sohnes Prinz Hubertus in der Hohenzollerngruft beigesetzt. Die Feierlichkeiten werden am Donnerstagabend zwischen 19 und 20 Uhr von den deutschen Rundfunksendern übertragen.

Große Koalition gescheitert

dmt. Kiel, 25. Juli

Die Bemühungen des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Lübke, eine große Regierungskoalition zustandezubringen, sind an den Forderungen der SPD gescheitert. Lübke wird nun am Sonntag nochmals mit dem BHE Besprechungen haben, um evtl. die frühere Koalition Wahlblock-BHE wiederherzustellen. Sollten auch diese Bemühungen scheitern, wird Lübke wahrscheinlich in der nächsten Landtagsitzung die Vertrauensfrage stellen und den Landtag auflösen.

Tarifserhöhungen reichen nicht

Bundesbahn mit Fehlbetrag von 250 Millionen DM

tx. Bonn, 25. Juli

Die von der Hauptverwaltung der Bundesbahn beantragte allgemeine Tarifierhöhung für den Güterverkehr soll, sofern der Vorschlag der Bundesbahn angenommen wird, rund 580 Millionen DM erbringen. Gegenüber ihrem Voranschlag erwartet die Bundesbahn weitere 120 Millionen

DM Mehreinnahmen infolge der allgemeinen Verkehrszunahme. Da aber das Defizit der Bundesbahn für dieses Jahr mit etwa 950 Millionen DM veranschlagt ist, müßte durch andere Mittel der Restbetrag von etwa 250 Millionen DM aufgebracht werden. Der Bund erklärt sich außerstande, zusätzliche Ausgaben zu übernehmen.

Steuer-Streit geht weiter

Schäffer will sich nicht zufrieden geben

wl. Bonn, 26. Juli

Der Streit um die Einkommensteuer zwischen Bund und Ländern geht weiter. Wie zu erwarten war, hat sich Bundesfinanzminister Schäffer mit dem Beschluß des Bundesrates, dem Bund nur 25 statt der geforderten 31,1 Prozent der Einkommensteuer zuzubilligen, nicht abgefunden, sondern hat seinen Druck auf die Länder verstärkt.

Schäffer versuchte zunächst, die Länder durch die Zusage einer Erhöhung der Verkehrssteuer umzustimmen. Die Länder erklärten daraufhin im Bundesrat, sie seien bereit, das durch eine Erhöhung der Verkehrssteuer erzielte Mehrertrag freiwillig an den Bund abzugeben. Dies würde für Schäffer immerhin eine Mehreinnahme von rund 230 Millionen DM bedeuten, doch dürfte er sich hiermit nicht zufrieden geben, da ihm noch weitere 230 Millionen DM fehlen, um das durch den Bundesratsbeschluß hervorgerufene Loch zu stopfen.

Auch ist es fraglich, ob der Bundestag einer Erhöhung der Verkehrssteuern zustimmen wird, so daß unter Umständen das ganze Aushandeln zwischen Schäffer und seinen Länderkollegen zwecklos war.

Kraftwerk Rheinau wird doch gebaut

Schweiz zieht Konzessionen nicht zurück — Der Rheinflall wird nicht beeinträchtigt

Konstanz. Der Schweizerische Bundesrat hat entschieden, daß die Konzessionen für den Bau des Kraftwerkes Rheinau bei Schaffhausen nicht zurückgezogen werden sollen. In der Schweiz hatten Behauptungen von verschiedener Seite, der Bau des Kraftwerkes werde die Schönheit der Rheinflall-Landschaft erheblich beeinträchtigen und dem Rheinflall selbst einen Teil des Wassers entziehen, das ihm bisher zugeflossen ist, große Beunruhigung und einen allgemeinen Proteststurm gegen das Projekt erregt. Zwischen der Schweiz und Baden waren Verträge über den Bau des Kraftwerkes abgeschlossen worden, zu denen von badischer Seite geltend gemacht wurde, die Genehmigung könne nur gegen Entschädigung und nur bei veränderten Umständen widerrufen werden.

Der Schweizerische Bundesrat ist nun den Naturschutzverbänden, die sich besonders nachdrücklich gegen den Bau des Kraftwerkes am Rheinflall gewandt hatten, durch die Bestimmung entgegengekommen, daß der vorgesehene Wasserzuführungskanal für das Kraftwerk als Tunnel durch den Felsen führen soll und die Trokenlegung der Rheinschleife, um die Rheinau nicht gestattet wird. Darüber hinaus sollen sämtliche Bauten möglichst unauffällig errichtet und der Landschaft angepaßt werden.

Das neue Kraftwerk soll 220 Millionen Kilowattstunden liefern und einen erheblichen Anteil des Strombedarfs des Landes Baden decken. Deshalb hat sich Baden auch mit allen Mitteln für den Bau eingesetzt.

Die Schiffbarmachung des Hochrheins, die mit dem Bau des Kraftwerkes Rheinau Hand in

Das Lachen der linken Plätze

Parlamentarischer Stilblütenstrauch

Das Lachen der linken Plätze des Hauses beweist mir hinreichend, aus welcher Richtung der Ostwind bläst.

Auch ein nach rechts sehendes blindes Huhn findet mal ein Korn, aus dem sich mit Hilfe roter linientreuer Druckerschwärze klingende Münze schlagen läßt.

Es ist hoch an der Zeit, daß die Kollegen, die die nackte Realität des sozialen Elends noch immer nicht sehen, sich endlich von ihrer bürgerlichen Ohrenwatte befreien.

Wenn wir diesem Thema dauernd unentschlössen aus dem Wege gehen, dann wird es eines Tages mit seiner rächenden Kehrseite auf uns zukommen, und zwar in Gestalt von blauen Bohnen, meine Herren.

Mit biederer bayrischen Lederhosen sollen hier preußische Blößen verdeckt werden, deren Gestank schon der letzte Einödbauer in der Nase hat. Und das alles segelt unter dem Namen Föderalismus.

Kaum, daß man das Wort „Kanzlerpalais“ in den Mund genommen hat, stellt es sich auch schon verschluckt auf die Hinterbeine.

Auch die Bundesfinanzen sind kein Faß ohne Boden, an dem jedermann ungestraft sein Mütchen kühlen kann.

Diese Art von Leuten sind selbst mit hörenden Augen taub.

Im Namen meiner Fraktion verwalte ich mich dagegen, mir ein dummes Zeug noch länger anzuhören, das der dauernde Gegenstand meines Redens ist.

Das soll uns der Minister erst einmal vormachen, wie diese Ruine zu melken ist.

Wir lassen es nicht länger zu, daß solche Elemente ihre unsauberen Stiefel an der weißen Weste unserer demokratischen Meinungsfreiheit säubern.

Dies, meine ich, gleicht einem Schuß in den Hinterkopf unserer Währung. (LAO)

wurden schon 1949 aufgenommen. In Bayern standen zwei Linien in diesem Jahre zur Debatte, die Autobahn München-Lindau und die Autobahn Frankfurt-Nürnberg. Auf energisches Betreiben Nürnbergs wurde der Bahn Frankfurt-Nürnberg der Vorrang gegeben.

1 Million DM für Olympiastadion

Berlin. Für die Instandsetzung des Berliner Olympiastadions hat die Senatsabteilung für das Bau- und Wohnwesen in West-Berlin eine Million DM, für die Instandsetzung der Waldbühne, die ebenfalls während des Krieges zum Teil sehr beschädigt worden war, 100.000 DM angefordert. Auf der Waldbühne sollten bis zum September noch 40 Veranstaltungen abgehalten werden. Am Olympiastadion müssen vor allem die durch Bunkersprengungen entstandenen Schäden am Gesims beseitigt und die Ränge mit ihren 100.000 Plätzen renoviert werden.

Mehr jugendliche Flüchtlinge

Hannover. Die Zahl der jugendlichen Flüchtlinge aus der Ostzone, die im Mai 1940 betrug, hat ständig zugenommen und dürfte im Juli über den Durchschnitt der letzten Monate von 1500 weit hinausgehen. Etwa 1200 dieser Flüchtlinge werden monatlich über das Jugendlager Poggenhagen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Hohenzollern in Arbeitsstellen vermittelt. Etwa 200 versuchen, sich auf eigene Faust Arbeit zu beschaffen, während kaum 40 im Monat wieder in die Ostzone zurückkehren.

SPORT

Nun auch Fußball in Dahlebrück

Es ist so weit, daß die neugegründete Fußballabteilung des TuS Stöcken-Dahlebrück an die Öffentlichkeit treten wird und damit die vielen Nachfragen aus Kreisen der Fußballfreunde beantwortet werden: wann ist endlich das erste Spiel?

Dieses Endlich ist wirklich berechtigt, denn König Fußball ist in unserem Gebiet bisher mehr als stiefmütterlich behandelt worden. Kein Verein fand bisher den Mut, diesem sportlichen Mißstand abzuhelfen, vielleicht aus Gründen der Sorge um den Erhalt des Handballsportes, daß diese Sorge aber absurd ist, daß im Gegenteil der Fußballsport befruchtend auf den Handballsport und umgekehrt wirken kann, haben sich die Verantwortlichen wohl nicht überlegt. Daß nun die Verantwortlichen des TuS Stöcken-Dahlebrück den Mut gefunden haben, auch diesen Sport der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wird ihnen von allen Freunden des Fußballsports hoch angerechnet werden.

Nach vielen Schwierigkeiten ist es nun so weit, daß TuS Stöcken-Dahlebrück zwei kampfstärke Mannschaften ins Feld schicken kann. Mit der Verpflichtung der kampferprobten 1. Kreisklassen-Mannschaft Jahn Kierspe 04 wird am 5. 8. 1951 die Reihe der Freundschaftsspiele eröffnet und von nun an wird in buntem Wechsel von Freund- und Meisterschaftsspielen auf der Philipphöhe in Reeswinkel sonntäglich Fußball zu sehen sein.

et erherich

Ein Hochdruckgebiet über Westeuropa hat seinen Einfluß nur sehr langsam gegenüber der in unser Gebiet einströmenden kühlen und feuchten Nordsee durchgesetzt. Vorhersage für Donnerstag: Wolkg. später auch heiter und im wesentlichen trocken. Langsamer Temperaturanstieg mit Tagestemperaturen um 20 Grad. Schwache, meist nördliche Winde.

Verlag Wilhelm Bell jr. Halver i. Westf. Kirchstraße 5. Schriftf. Halver 442. Verlagsleitung: Werner Bell. Haupt-schriftf. Halver: Karl A. F. Günther. Lokale Schriftf. Halver: W. Wollmann. W. Wegener. Anzeigenleitung: Ernst Höpken. Post-ersort: Halver i. Westf. Erscheint werktäglich. Abbestellungen nur bis zum 20. eines Monats schriftlich beim Verlag.

Kost und Logis

zum 1. August frei

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers

Schulreißzeuge

Wilh. Bell jr., Halver

Bauern u. Interessenten

des Bezirks Schwenke,

welche sich an der

Fahrt ins Hochsauerland

am 1. 8. 51 beteiligen wollen, können sich bis Samstag, den 28. ds. Mts. bei Carl Etcker in Ennepe melden. Fahrpreis bei voller Beteiligung DM 8,50 bis 9.-

Legen Sie Wert auf

neuzeitliche

Druckarbeiten,

die auch den Qualitätswillen Ihres Unternehmens bekunden, dann treten Sie bitte mit uns in Verbindung

Wilhelm Bell jr.,

Buchdruckerei,

Halver i. Westf.,

Ruf 442.



Unsere liebe, stets um uns besorgte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Frau Friedrich Giersiepen

Anna geb. Woeste

ist heute, wenige Tage nach Vollendung ihres 75. Lebensjahres still heimgegangen.

In stiller Trauer:

Familie Wilhelm Giersiepen

Familie Ludwig Johann

Carthausen, Lüdenscheid, Duisburg - Ruhrort, Bethel b. Bielefeld, den 25. Juli 1951.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 28. Juli 1951 um 14.45 Uhr nach Schalksmühle statt. Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

Bekanntmachung

Die in der Gemeinde Lieberhausen des Oberbergischen Kreises amtstierärztlich festgestellte Maul- und Klauenseuche ist erloschen. Meine Viehseuchen-Anordnung vom 1. 6. 1951 (Reg. Amtsbl. Stk. 24 vom 16. 6. 1951) über die Festsetzung eines Sperrbezirks zum Schutze gegen die Seuche wird hiermit aufgehoben.

Altena (Westf.), den 20. Juli 1951.

Kreisverwaltung Altena
Der Oberkreisdirektor.

Ohne Werbung
kein Geschäft



*Die Sanella-Frische gibt den feineren Geschmack!

Streichen Sie nur mal die feine Sanella aufs Brot. Sie werden überrascht sein, wie Ihr tägliches Brot an Geschmack gewinnt. Sehen Sie: Das ist die Sanella-Frische! Sanella, Deutschlands meistverlangte Margarine, wird bei Ihrem Kaufmann im Handumdrehen verkauft. Deshalb schmeckt Sanella auch so frisch wie morgens Ihre frischen Brötchen!



Die feine Sanella gibt es niemals lose, sondern nur in der hygienischen Würfelpackung.

SANELLA